

Bericht St. Georg

Hannover, 9. Juni 78 - Demonstration und Arbeitstreffen 'Gegen die Kriminalisierung der AKW-Gegner'

-----

Bei der Demonstration waren <sup>gut</sup> ca. 2000, was doch enttäuschend wenig waren, aber es ist Ausdruck des vorläufigen Rückgangs der AKW-Bewegung. ~~Der Zug war ein buntes Gemisch von ziemlich jungen Leuten. Viele 'Sponzis', KPD'ler und, jetzt deutlicher in den Vordergrund tretend, schwarze Fahnen und Stadtindianer. Verteilte Flugblätter mit Aufklärung über AKW-Gefahren wurden von der Bevölkerung vergleichsweise erstaunlich positiv aufgenommen. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Hunderte von Polizisten waren zusammengezogen worden. Tausende Passanten sahen sich den auf sie z. Teil sicher exotisch wirkenden Zug neugierig an. Es war Samstags, Einkaufszeit. Auf dem Opernplatz lief die Schlußkundgebung. Die Polizei hatte die Teilnehmer, wie auch schon während es ganzen Zuges, fast völlig eingekesselt. Als die Polizei dann noch eine weitere Lücke schließen und einen Teil der Demonstranten beiseiteschieben wollte, entwickelte sich Unmut. Doch die Polizei "räumte" ungerührt die ihr noch "fehlende" Ecke, schlug unkontrolliert zu, sprühte mit der 'chemischen Keule in die Menge. Einem Demonstranten wurde dabei der Finger gebrochen.~~

An der anschließenden Vollversammlung des Arbeitstreffens der Bürgerinitiativen nahmen noch ca. 500 Leute teil. Es finden lange, nervende Debatten statt, ob man gleich zum Gefängnis zieht, um dem vor einigen Tagen verhafteten AKW-Gegner Karl Solidarität zu zeigen oder erst die Arbeitsgruppen einrichtet und damit beginnt. Schließlich fand sich eine Mehrheit für letzteres. Ca. 100 zogen zum Gefängnis; es gab keine weiteren Zwischenfälle.

Dann wurde ein kurzer Überblick über die Brennpunkte der BRD-Anti-AKW-Bewegung gegeben:

AKW Esensham Das AKW ist fertig, doch bisher durch gerichtlichen Einspruch nicht in Betrieb genommen worden. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hat jetzt nach der Landtagswahl, wie befürchtet, die 'einstweilige Vollziehbarkeit' für diesen Bau angeordnet. Es droht jetzt also die Inbetriebnahme, wenn über das Gericht keine aufschiebende Wirkung erreicht werden kann. Die Bremer Initiativen hätten einen neuen Aufschwung in ihren Aktivitäten einleiten können. Sie verteilten einen Katastrophenplan für AKW-Unfälle für dieses Gebiet, der Unruhe bei Teilen der Bevölkerung auslöste. Sie stellten öffentlich einen Kanister mit Wasser ab mit der Aufschrift "vorsicht, radioaktiv verseucht", um auf die Gefahr des Verlustes beim Transport von radioaktivem Material hinzuweisen. Sie besetzten kurzzeitig einen Informationspavillon des AKW-Betreibers Nordwestdeutsche Kraftwerksgesellschaft. Sie veranstalteten, wie sie erzählten, eine Fahrraddemonstration durch die umliegenden Dörfer. Auch beschädigten sie einen großen Lichtmasten.

Kaiserstuhl (Wyhl usw.) Seit dem Gerichtsurteil im letzten Jahr wird vorläufig nicht gebaut. Jedoch wurden vom Gericht alle Gründe der Gefährlichkeit des Baues abgewiesen und nur als Berstschutz ein umstrittener zusätzlicher Stahlmantel um den Reaktorkern gefordert. - In der Umgegend selbst ist die 'Volkshochschule Wyhler Wald' jetzt der Kern des Widerstandes. Den Beteiligten sei auf Grund der Erfahrungen mit Brokdorf und Grohnde klar geworden, daß trotz wahrscheinlich größerer Beteiligung aus der Bevölkerung eine 3. Besetzung in Wyhl nicht so glatt gehen würde wie bisher. Vor ein paar Wochen sei eine Gruppe von Kaiserstühlern nach Gorleben gefahren, um das zu unterstützen und Verbindungen zu knüpfen für den gemeinsamen Kampf. Repressionsmaßnahmen habe es bisher dort unten kaum gegeben. Es seien allerdings 4 Kaiserstühler aus einer Demonstration von 1500 herausgegriffen worden und jetzt wegen Landfriedensbruch angeklagt worden.

Auf der französischen Seite dieses Gebiets in dem die drei Länder Frankreich, BRD und Schweiz zusammenstoßen arbeitet schon seit einiger Zeit der autonome Sender Radio Grün (in 3 Sprachen). In Frankreich werden diese Sender bisher nicht so stark verfolgt. Die Antennen stehen an verschiedenen Orten in den Vogesen. Kürzlich gab es eine Betriebsbesetzung in diesem Gebiet. u.a. führen die Arbeiter zur Information über ihre Streiklage eine Radio-Grün-Antenne



aus. Der Sender ist regelmäßig 1/4 vor acht Uhr abends zu hören. Jeder kann Kassettentonbänder bespielen mit sonst vielleicht unterdrückten Informationen und diese bei Sammelstellen des Senders abgeben.

Zum Stand der Prozeße gegen AKW-Gegner in Zusammenhang mit der Grohne-Demonstration -- Es sind bisher 126 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Davon sind bisher 110 wieder eingestellt worden. 5 'leichtere' Fälle wurden in Hameln zur Verurteilung gebracht. 11 wurden und werden in Hannover abgewickelt.

Jerry	13 Monate ohne Bewährung (+9 Mon. aus einer anderen Strafe)
Andreas	12 Monate ohne Bewährung
Christian G.	11 Monate ohne Bewährung
Eso	12 Monate ohne Bewährung
Rüdiger J.	9 Monate mit Bewährung (obwohl so gut wie keine Beweise vorlagen)
Klaus H.	freigesprochen (es konnten klare Lügen nachgewiesen werden!)
Christian M.	noch offen
Norbert	" "
Bernd L.	" "
Wolfgang G.	" "

In letzter Zeit ist eine gewisse Lockerung bei den Urteilen festzustellen gewesen. Die BI's führen das darauf zurück, daß der Einschüchterungseffekt Teilweise erreicht sei, darüberhinaus ein paar scheinbar 'milde' Urteile das 'Vertrauen in den Rechtsstaat' wieder stützen sollen und den Verdacht zuschütten sollen, daß hier Gesinnungsurteile gefällt wurden. Je Prozeß entstünden 10 bis 20 000 DM Kosten. Zur Zeit seien nur noch 36 000 DM in der Kasse. Bei den schon abgelaufenen Prozeß-Sitzungen waren zum Teil unausgewiesene Leute dabei, die im Auftrag anderer Staatsanwaltschaften die Zeugenaussagen mitprotokollierten, um die Möglichkeit von Leistungsbescheiden gegen Demonstrationsteilnehmer zu prüfen. Zum einen sollen also vielleicht die Kosten des ganzen Grohnde-Polizeieinsatzes auf einzelne Demonstranten abgewälzt werden. Zum anderen übt das natürlich einen Druck auf die Zeugen aus, die zugunsten der Angeklagten aussagen wollen.

Inzwischen sind schon einige Folgeverfahren gegen Prozeßzuschauer eingeleitet worden. Ein Klaus aus Hannover ist wegen Landfriedensbruch angeklagt und inzwischen freigesprochen worden. Außerdem laufen 4 Meineidsverfahren gegen 4 Zeugen, die gegen jeweils mehrere Polizeizeugen ausgesagt hatten (Der Richter Borchers hatte den Polizeizeugen 'recht' gegeben.) Auch das wirkt einschüchternd auf Zeugen. Inzwischen sind aber auch Strafanzeigen gegen einzelne Polizeizeugen wegen Falschaussagen gestellt worden.

Zur geplanten Wiederaufbereitungsanlage bei Gorleben -- Der Graf, die beiden Kirchen und Privatleute wollen das vorgesehene Baugelände vorläufig nicht verkaufen. Bisher sind von AKW-Gegnern über 40 000 Bäume auf dem Baugelände gepflanzt worden. Direkt daneben sind von ~~den~~ den Initiativen 1 1/2 Häuser gekauft worden. Hier soll ähnlich wie bei Wyhl mit Hilfe der Wyhler und Twinter (Dänemark) eine Volkshochschule errichtet werden. Es bestünden jetzt umfassende Beziehungen zu den Kaiserstühlern. Diese hatte zugesagt, zahlreich zu erscheinen, wenn es 'heiß' werden wird. Die ganze Arbeit hat durch die Wahl<sup>erfolge</sup> der Grünen Liste bei den niedersächsischen Landtagswahlen Auftrieb bekommen. Einzelne Dörfer hätten bis über 30% 'Grün' gewählt. Bauer Konrad habe sogar die absolute Mehrheit bekommen. Zur Verbesserung der Arbeit hätten sie einen Koordinationsverband aller beteiligten Initiativen gebildet. Auch die Freundeskreise in den größeren Städten hätten sich weiterentwickelt. Das Kürzerfristige Ziel der Arbeit sei, bei den allerersten Baumaßnahmen die Transportfahrzeuge aufzuhalten durch die Bevölkerung. Dabei sei an alle Widerstandsformen außer Gewalt gegen Personen gedacht. Es wird ein bundesweiter Dezentraler Aktionstag um alle AKW-Bauten und Bau-Versuche herum geplant, bei dem die Rolle der geplanten Wiederaufbereitungsanlage im Mittelpunkt stehen soll.

Bericht aus Hameln über Grohnde -- Für Grohnde gibt es ~~ein verlässliches Baustopp~~ ~~Gerichtsurteil~~ eine Klage mit aufschiebender Wirkung für den Baubeginn. Die Klage wird aber von dem Chemie-Unternehmer Lohmann geführt, der jetzt erwägt, sein Werk zu verkaufen und im Ausland zu investieren. Damit droht die Klage hinfällig zu werden.

Die Klage gegen die polizeiliche Räumung des Anti-Atomdorfes bei Grohnde ist von der Justiz bisher verschleppt worden. Die Hamelner BI versucht sich auf künftige Auseinandersetzungen u. a. auch dadurch vorzubereiten, daß sie andere brennende Probleme der Bevölkerung aufgreift. Zum Beispiel haben ihre Vertreter im Hamelner



Kreistag ein Antrag auf ein Behinderten-Taxi gestellt. Auch beschäftigen sie sich mit Schulproblemen.

AKW Stade -- Dieser Bau ist das BRD-Vorzeige-AKW' mit angeblich 93% Auslastung. In den letzten Monaten sind jedoch immer wieder Gerüchte über bis zu 10 cm lange Risse im Druckbehälter des AKW's aufgetaucht. Auf einen Brief der Initiative an die NWK ist bisher keine Antwort eingegangen. Um das AKW herum laufen zur Zeit umfassende Bauaktivitäten. Man ist dabei, auch Stade zu einer 'Atomfestung' auszubauen. Außerdem besteht der akute Verdacht, daß die Genehmigung für ein am Stader AKW geplantes Zwischenlager von der niedersächsischen Landesregierung schon gegeben ist. Diese hat inzwischen dementiert und zugegeben, daß eine Genehmigung für ein Hilfsanlagegebäude zur Durchführung von Versuchen der Verharzung von radioaktiven Stoffen war! Der Stader Vertreter wies noch einmal auf die Umweltgefahren der mit den AKW's meist verbundenen Folgeindustrie hin. Die Vereinigten Aluminium Werke mit ihrem Werk bei Stade würden nach einer Untersuchung von Prof. Gordon ständig Schadstoffe an die Umgebung abgeben. Das würde unweigerlich dazu führen, daß das 'alte Land', eines der größten Obstanbaugebiete der BRD, in ca. 10 Jahren zerstört wäre. Auch von dem Werk des Chemie-Konzerns Dow Chemical würden umfangreiche Schadstoffwirkungen ausgehen (Flur + Folgestoffe). Außerdem sei ein weiteres AKW direkt neben dem 'alten' geplant, was weitere Konzerne anlocken würde. - Die Stader BI sei zur Zeit ziemlich schwach und auf Hilfe angewiesen.

Der Aktionskreis Umweltschutz Münster (AKU) berichtete von Aarhus und Gronau: Zentrales Brennelemente-Zwischenlager in Aarhus geplant -- Es hat dort Unruhe und einige Bürgerversammlungen gegeben. Die Mehrheit der CDU-Stadträte sprach sich deshalb vorläufig gegen das Zwischenlager aus. Trotzdem finden auf dem vorgesehenen Bauplatz Probebohrungen statt.

Urananreicherungsanlage in Gronau geplant -- Es wird auf die militärische Bedeutung der ersten großen Urananreicherungsanlage auf deutschem Boden hingewiesen. Hier könnte Uran bis zu 50% angereichert werden und es könnten enorme Mengen von spaltbarem Material für die Atombombenproduktion gewonnen werden. Zur Anreicherung in der Ultra-Zentrifuge wird das Uran chemisch in Uranhexafluorid umgewandelt. Das setzt sich beim Entweichen in die Atmosphäre in Flußsäure um. Eine Abgabe von 100 kg würden noch in 100 km Entfernung von der Anlage eine Überschreitung der entsprechenden BRD-Richtwerte hervorrufen. Außerdem sei eine Lagerung radioaktiver Stoffe in Stahlfässern unter freiem Himmel geplant. -- Im Rahmen des Milliarden-Geschäfts mit Brasilien ist u.a. die Lieferung von 2000 Tonnen hier im Lande selbst angereicherten Urans vorgesehen. -- Die Gronauer BI ist bisher noch klein. Sie hat bisher versucht, der Bevölkerung, die sich am Anfang noch über die Industrialisierung des 'Strukturschwachen' Gebietes freute, die Gefahren des Uranhexafluorids klarzumachen.

Zu Stade wurde noch berichtet, daß den BI's etliche Akten über das AKW vorenthalten würden. Beim Gericht Oldenburg hat dieses jetzt angeordnet, daß die Akten nur noch auf der Gerichtsmaschine fotokopiert werden dürfen. Vorher hatten sie <sup>unter</sup> 20 Pf. pro Seite zahlen müssen. Auf der Gerichtsmaschine 'kostet' die Seite 1 DM.

Für die Umgebung des AKW Lingen hätten die Bürgerinitiativen eine Steigerung auf über 80 Fälle von Leukämie (=Blutkrebs) festgestellt. Die 'normalen' Zahlen für den Vergleichszeitraum betragen etwa 8 bis 10 Fälle.

---

#### Bericht von der Arbeitsgruppe AKW's und Gewerkschaften

Es waren ca. 60 Gewerkschafter anwesend aus den Städten Kassel, Hannover, Duisburg, Düsseldorf, Bremerförde, Dortmund, Hamburg, Berlin, Krefeld, Jülich, Münster, Bielefeld, Bremen, Salzgitter, Emden, Köln, Sarstedt, Aachen, Bottrop, Bochum, Frankfurt, Celle, Marburg, Dinslaken, Leverkusen...

Der Frankfurter Arbeitskreis Leben, Initiative von gewerkschaftl. AKW-Gegnern, ist zum 1. Mai dieses Jahres gegründet worden. Sie haben bisher eine Veranstaltung mit ca. 300 Kollegen gemacht. -- Die Postgewerkschaft Frankfurt unterstützt den Arbeitskreis offiziell, in den anderen Gewerkschaften ist es oft schwieriger. Sie vertreten, daß man grundsätzlich auch Betriebsarbeit machen müssen, "erst mal Sachen machen, die mit Atomkraft nichts zu tun haben," dann allmählich auch Aufklärung über die AKW-Probleme betreiben.

Eine Betriebsrätin aus der Kernforschungsanlage Jülich: (KFA) Die Anlage hätte etwa 4000 Beschäftigte (davon 600 Akademiker) Der Hauptforschungszweig ist zur Zeit



die Entwicklung eines Hochdrucktemperatur-Reaktors (HTR). An Versuchsanlagen seien zur Zeit 1 HTR und 2 Leichtwasser-Reaktoren (LWR) in Betrieb. Außerdem sei Jülich die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle in NRW. Schon seit Jahren läßt der Vorstand der Anlage Seminare durchführen für die Beschäftigten. Dort wurde dann während der Arbeitszeit durch alle möglichen wissenschaftliche 'Größen' dafür geworben, das sie glauben sollten, die Kernanlagen seine 'sauber, sicher, wirtschaftlich'. Trotzdem gibt es viele Kritiker innerhalb der KFA (ein Gelände von 3km Länge 1/2 km Breite). Vor der Demo. gegen den Schnellen Brüter bei Kalkar klebten an vielen Stellen im Gebäude, auch an den Versuchsreaktoren die Anti-AKW-Plaketten.

Zu der Pro-Kernkraft-Veranstaltung in Bonn wurden vom Vorstand 8 Busse bereitgestellt, es fuhren aber nur 60 von 4000. Auch sie hätten sich im Betrieb als aktive Gewerkschafter zusammengefunden und die AKW-Problematik sei eingebettet in eine Reihe anderer betrieblicher Probleme. ~~Sie haben sich~~ Daß Kollegen zur AKW-Frage ihre Meinung ändern, sei ein langfristiger mühseliger Prozeß. Sie haben auch vom Vorstand eine Veranstaltung 'Kernenergie Ja/Nein' gefordert. Unter anderem sollte aus einem gewerkschaftlichen Gutachten der ÖTV (das diese zunächst in der Schublade gelassen hatte, sie aber vervielfältigt und in der Belegschaft verbreitet haben) zitiert werden. Es werden dort erhebliche gesundheitliche Schäden unter den Arbeitern nachgewiesen. (Die Versuchsreaktoren sind bis zu 15 Jahre alt.) Der Vorstand wollte die Veranstaltung nicht durchführen mit der Begründung es gäbe "keine wissenschaftlichen Gegner" der Kernenergie. Von den dann vorgeschlagenen Professoren wollten sie Jens Scheer aus Bremen nicht akzeptieren. Schließlich fand die Veranstaltung aber doch erfolgreich während der Dienstzeit statt. Hauptsächlicher Grund: Sie wollen noch immer das Bild einer 'neutralen Forschung' vermitteln, jedenfalls nach außen. Innen nimmt der Druck auf die AKW-Gegner schon zu. Deshalb sei es besonders wichtig, meinte die Betriebsrätin, daß man selbst keinen Verstand liefert; z.B. 'pünktlich sein', seine Arbeit korrekt machen usw. damit unnötige Angriffspunkte vermieden werden. Sie betonte noch mal, daß sie auf einer Kollegen-Kreis-Liste kandidiert hätten, in der alle betrieblichen Probleme von der Belegschaft in Angriff genommen werden sollten.

Arbeitskreis Leben Hamburg : Besteht aus einer Gruppe in der HBV u. i.d. ÖTV, Kontakt zu einem entsprechenden offiziellen GEW-Arbeitskreis und aus einzelnen in anderen Gewerkschaften. Im Gegensatz zu Frankfurter AKL würden sie sich "nicht zu einer linken Gewerkschaftsopposition hochmachen..." Wenn zuviel miteinbezogen werde, gäbe es leichter politische Streitereien.

Eine Chemiekollegin aus HH aus einer HHer Chemie-Initiative wies auf ihre Broschüre "Atomenergie und Arbeitsplätze" hin. Außerdem sei in der IG Chemie HH auch ein Arbeitskreis genehmigt worden. Dieser sei aber nur eine "Spielwiese", weil mehr Platz in der Gewerkschaftspresse oder gewerksch. Veranstaltungen bisher nicht genehmigt wurden.

Ein Kollege von Klößner (Bremen) erzählte, daß ihm jetzt der Gewerkschaftsausschluß drohe. Er hatte einen Leserbrief initiiert, den seine Abteilung und die Nachbarn. (ca 70 Kollegen) unterschrieben hätten und der gleichzeitig in der IG-Metall-Zeitung und in der 'Kommunistischen Volkszeitung' veröffentlicht worden sei. Der Arbeitsdirektor Sporbeck habe dagegen gehetzt, aber es hätte eine gute Diskussion mit breiter Beteiligung darüber auf der Betriebsversammlung gegeben.